

Zum Freiheitsgehalt eines bedingungslosen Grundeinkommens

Margit Appel

Ein Großteil der Debatten über Grundeinkommen – so sie sich nicht sofort in der Finanzierungsfrage festkrallen – kreist um die Auswirkungen auf die Organisation von Erwerbsarbeit. Das ist konsequent, weil die derzeitige Organisation von Erwerbsarbeit „erfolgreich“ Erwerbsarbeit als knappes Gut erscheinen läßt (was nur für bestimmte Formen derzeit marktfähiger Arbeit tatsächlich gilt) und – in der Logik neoklassischer Ökonomie – der Preis für den Zugang zu diesen Arbeiten quasi beliebig hochgeschraubt werden kann. Mit den Worten von Ingrid Kurz-Scherf ausgedrückt: Es gibt eine Korrelation zwischen der Verknappung des Angebotes an attraktiver, d.h. existenzsichernder, sozialrechtlich abgesicherter Erwerbsarbeit und der Hochstilisierung von Arbeit als Inbegriff menschlicher Selbstverwirklichung und Entfaltung.

Allerdings ist die Konzentration der Diskussion um Grundeinkommen auf die Auswirkungen der Organisation von Erwerbsarbeit eine Engführung, die sich den Vorwurf gefallen lassen muss, dass auch GrundeinkommenssympathisantInnen wie das Kaninchen auf die Schlange starren – nicht anders wie ein Großteil der wirtschafts- und sozialpolitischen Debattenbeiträge und Maßnahmen lediglich Rädchen in der Binnenorganisation des Erwerbsarbeitssystems drehen oder drehen möchte.

Um den so vielfach beschworenen rasanten Wandel der Erwerbsarbeitswelt aber gestalten zu können, ist es hilfreich, die historischen „Altlasten“ anzuschauen, auf denen das Erwerbsarbeitssystem ruht. Das ist einerseits die spezifische Vergesellschaftung weiblichen Arbeitsvermögens und andererseits das „Nadelöhr“ Erwerbsarbeit für den Zugang zu Einkommen und zentralen BürgerInnenrechten. Oder noch einmal anders formuliert, der „Erwerbsbürger“ ist ein Schmalspurbürger und noch dazu mit einem ganz eindeutigen patriarchalen Pferdefuss.

Welche Ansprüche sind aufgrund dieses Zugangs an Grundeinkommen zu richten:

- 1) Denkleistungen, Diskussionsprozesse aus der Alternativen Ökonomie und vor allem aus der feministischen Ökonomie sind in die Debatte um Grundeinkommen und seine Auswirkungen einzubeziehen: die Erweiterung des Arbeitsbegriffs, die Erweiterung des Rationalitätsbegriffs, die Erweiterung des Produktivitätsbegriffs. (Beispiel: Ausdehnung der Profit-Rationalität auf den 3.Sektor und auf den Privatsektor)
- 2) Einzubeziehen in die Grundeinkommensdebatten ist, dass heutige Politiken (Österreich und Deutschland sind wunderbare Beispiele dafür) von zwei Zielrichtungen gekennzeichnet sind. Einerseits geht es darum, Menschen ein immer höheres Maß an Flexibilität und Mobilität zuzumuten bzw. durch gesetzliche Maßnahmen zu erzwingen – diese Politikrichtung bestimmt Menschen in ihrer Rolle am Erwerbsarbeitsmarkt. Andererseits geht es darum, Menschen weiterhin bzw. wieder verstärkt zur Aufrechterhaltung kleinräumlicher Solidarität zu bringen bzw. durch die Ausgestaltung entsprechender gesetzlicher Maßnahmen zu zwingen – diese Politikrichtung bestimmt Menschen in ihrer Rolle im Bereich (scheinbar) privater Lebensformen. Der Unmöglichkeit, diese konträren Ziele auf individueller Ebene bzw. im Bereich privaten Zusammenlebens zu integrieren, wird durch stetige Wertaufladung oder – deutlich banaler – durch das in die Welt setzen von Konzepten wie dem unsäglichen der Work-Life-Balance begegnet.

- 3) Die kapitalistisch-marktwirtschaftliche Wirtschaftsweise braucht die Arbeitskraft vieler Menschen nicht mehr. Die gesellschaftliche Integrationskraft der Erwerbsarbeit ist – auch für die Gruppen, für die sie einmal Geltung hatte – schon längst brüchig geworden. Aber niemand soll es merken! Die Dynamik des flexiblen Kapitalismus legt es nahe, dass Grundeinkommen zur Aussteuerung nicht geeigneter „LeistungsträgerInnen“ benutzt werden könnte. Andererseits bietet aber gerade ein Grundeinkommen, das nicht an die Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt geknüpft ist, die Basis für politisches Handeln, um gegen solche Deals – Grundeinkommen gegen das Recht auf umfassende soziale und politische Integration – wirksam werden zu können.

Zusammenfassung

Unser Verständnis von Grundeinkommen ist getragen von der Erkenntnis, dass sich die Forderung nach Bedingungslosigkeit nicht nur auf die Frage nach der Arbeitswilligkeit beziehen darf; vielmehr hat diese Forderung nach Bedingungslosigkeit eine umfassende Forderung zu sein: eine Vielzahl von Lebensformen, Lebensmodellen und Bezugnahmen auf die Gesellschaft soll damit ermöglicht und unterstützt werden. So gesehen ist Grundeinkommen ein im besten Sinn liberales Modell, weil es Individuen in ihrer Verhandlungsmacht sowohl am Arbeitsmarkt als auch im privaten Bereich stärkt.

Es ist aber gleichzeitig auch ein am sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft orientiertes Modell, weil es Menschen mit den materiellen Konsequenzen nicht-rollenkonformer Entscheidungen nicht allein lässt und eine Vielzahl an Kooperationen ermöglicht, tätig zu sein. Das Motto des Kongresses „In Freiheit tätig sein“ gewinnt so gesehen noch einmal eine umfassendere Bedeutung.